



Einzureichen an: _____

Investitionsbank Sachsen-Anhalt
Förderberatung Unternehmenskunden
Domplatz 12
39104 Magdeburg



oder elektronisch an:
darlehen-wirtschaft@ib-lsa.de

Ich/Wir beantrage(n) bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt die Gewährung des/der folgenden Darlehen(s) aus dem Programm

Sachsen-Anhalt IMPULS/Sachsen-Anhalt MUT

Sachsen-Anhalt IMPULS

<input type="checkbox"/>	IB-Gründungsdarlehen	Betrag in Euro	Laufzeit	Freijahre
<input type="checkbox"/>	IB-Mezzaninedarlehen für innovative Gründungen	Betrag in Euro	Laufzeit	Freijahre
<input type="checkbox"/>	IB-Nachfolgedarlehen für Gründer	Betrag in Euro	Laufzeit	Freijahre

Sachsen-Anhalt MUT

<input type="checkbox"/>	IB-Mittelstandsdarlehen	Betrag in Euro	Laufzeit	Freijahre
<input type="checkbox"/>	IB-Digitalisierungsdarlehen	Betrag in Euro	Laufzeit	Freijahre
<input type="checkbox"/>	IB-Gründerwerbsdarlehen	Betrag in Euro	Laufzeit	Freijahre
<input type="checkbox"/>	IB-Bau- und Modernisierungsdarlehen	Betrag in Euro	Laufzeit	Freijahre
<input type="checkbox"/>	IB-Nachfolgedarlehen für KMU	Betrag in Euro	Laufzeit	Freijahre
<input type="checkbox"/>	IB-Zwischenfinanzierung	Betrag in Euro	Laufzeit	Freijahre
<input type="checkbox"/>	IB-Mezzaninedarlehen für KMU	Betrag in Euro	Laufzeit	Freijahre
<input type="checkbox"/>	IB-Darlehen Grüne Innovationen	Betrag in Euro	Laufzeit	Freijahre
<input type="checkbox"/>	IB KMU Connect	Betrag in Euro	Laufzeit	Freijahre

1. ANGABEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

Name/Firma (ggf. lt. Handelsregister/Vereinsregister)		Geburts-/Gründungsdatum
Straße, Hausnummer		Vorwahl/Rufnummer
PLZ	Ort	ggf. Ortsteil

4. DEM ANTRAG BEIZUFÜGENDE UNTERLAGEN

Die dem Antrag beizufügenden Unterlagen entnehmen Sie bitte der Unterlagencheckliste Sachsen-Anhalt MUT / IMPULS.

5. ERKLÄRUNGEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

- a) Mir/Uns sind die Vergabegrundsätze für die Vergabe des/der von mir/uns beantragten Darlehen(s) und die sich daraus ergebenden Voraussetzungen für eine Bewilligung bekannt. Mir/Uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung eines Darlehens nicht besteht, und dass ich/wir im Falle einer Bewilligung
- die Allgemeinen Geschäftsbedingungen für Darlehen mit Mitteln aus EU-Strukturfonds bzw.
 - die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der IB und die Allgemeinen Bedingungen für Darlehen der IB sowie die besonderen für das Förderprogramm geltenden Pflichten zu beachten habe(n). Die Regelungen aus den o. g. Vergabegrundsätzen und den Allgemeinen Geschäftsbedingungen bzw. Allgemeinen Bedingungen werden anerkannt.
- b) Mit dem im Antrag dargestellten Vorhaben habe(n) ich/wir noch nicht begonnen und werde(n) auch nicht vor dem Datum der Antragsberatung bzw. dem Datum des Antragsvorgangs in der IB beginnen. Mir/uns ist bekannt, dass als Vorhabensbeginn grundsätzlich bereits der verbindliche Abschluss eines Lieferungs- oder Leistungsvertrages im Zusammenhang mit dem Vorhaben anzusehen ist. Die Einleitung eines Ausschreibungsverfahrens, Planungsarbeiten für das Vorhaben und erforderliche Gutachten zur Beurteilung der Förderfähigkeit gelten nicht als Vorhabensbeginn.
- c) Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens ist unter Einbeziehung des beantragten Darlehens gesichert. Die zu erwartenden Folgekosten können von mir/uns finanziert werden.
- d) Ich bin/Wir sind zahlungsfähig, und gegen mich/uns steht ein (Verbraucher-) Insolvenzverfahren nicht unmittelbar bevor und ist nicht beantragt worden. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, unverzüglich der IB mitzuteilen, wenn bis zur Bewilligung dieses Antrages ein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorstehen sollte, beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt wird.
- e) Sind bei der/dem Antragstellenden, bei verbundenen Unternehmen, den Inhabern (Beteiligten) oder bei Unternehmen, mit denen durch die Inhaber des antragstellenden Unternehmens personelle, vertragliche, wirtschaftliche oder sonstige Beziehungen bestehen, Zwangsmaßnahmen, wie eidesstattliche Versicherungen bzw. eine Vermögensauskunft nach § 807 ZPO, Konkurs- oder Vergleichsverfahren, Gesamtvollstreckungs- bzw. Insolvenzverfahren u. ä., in den letzten zehn Jahren beantragt, eingeleitet, durchgeführt oder mangels Masse abgewiesen worden? (bitte ankreuzen)

Nein Ja

Falls Ja:

Tag/Monat/Jahr	Aktueller Stand
----------------	-----------------

Ist in den letzten fünf Jahren ein Steuerstrafverfahren gegen den/die Inhaber (Beteiligten) oder Vertreter des Unternehmens (auch im Zusammenhang mit anderen Firmen) beantragt, eingeleitet oder abgeschlossen worden? (bitte ankreuzen)

Nein Ja

Falls Ja:

Tag/Monat/Jahr	Aktueller Stand
----------------	-----------------

- f) Ich/Wir erkläre(n) mich uns/uns

damit einverstanden, damit nicht einverstanden,

dass Fragen im Zusammenhang mit dem Darlehensantrag von der IB mit der Hausbank, dem Steuerberater/Wirtschaftsprüfer und an der Finanzierung beteiligten Partner (z.B. Beteiligungsgesellschaft, Beratungsgesellschaft) geklärt werden können. Insoweit befreie(n) ich/wir die IB vom Bankgeheimnis.

- g) Ich/Wir versichere/versichern, dass bei Vorliegen einer Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) die angegebenen Ausgaben keine Umsatzsteueranteile enthalten.
- h) Ich/Wir werde(n) das Vorhaben nicht im Auftrag oder auf Rechnung Dritter durchführen.
- i) Ich/Wir erkenne(n) an, dass die IB berechtigt ist, Stellungnahmen anderer Stellen für die Beurteilung der/des Antragstellenden einzuholen. Zu diesem Zweck befreie(n) ich/wir den Kreditgeber, Verbände, Kammern sowie Behörden von ihren Verschwiegenheitspflichten.
- j) Mir/Uns ist bekannt, dass die IB über den Antrag nicht in öffentlich-rechtlicher Form entscheidet und im Falle der Bewilligung des Darlehens ein Angebot für einen zivilrechtlichen Darlehensvertrag zusenden wird.

Die Erklärungen j) bis l) gelten nur für:

IB-Mittelstandsdarlehen, IB-Digitalisierungsdarlehen, IB-Darlehen Grüne Innovationen, IB-Gründungsdarlehen, IB-Mezzaninedarlehen für innovative Gründungen, IB-Bau- und Modernisierungsdarlehen und IB KMU Connect:

- k) Gegen mein/unser Unternehmen liegt keine Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt vor, der ich/wir nicht nach-gekommen bin/sind.
- l) Gegen mich/uns ist kein Wiedereinziehungsverfahren gemäß Art. 71 der VO (EU) Nr. 1303/2013 (Regelungen zur Dauerhaftigkeit von Vorhaben) aufgrund einer Verlagerung der mit diesem Antrag im Zusammenhang stehenden (Produktions-)Tätigkeit eingeleitet worden, und ein derartiges Verfahren steht auch nicht kurz bevor.
- m) Mir/Uns ist bekannt, dass ich/wir verpflichtet bin/sind, die Vorschriften des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) zu beachten.
- n) Bei der Realisierung des beantragten Vorhabens werden die hierfür geltenden Vorschriften des Umweltrechts der Europäischen Union, des Bundes und des Landes Sachsen-Anhalt eingehalten, sofern geschützte Umweltmedien von dem Vorhaben betroffen sind (z. B. durch Emissionen in Luft, Wasser, Boden, Lärm, Abfall). Es wird sichergestellt, dass negative Umweltwirkungen durch das Vorhaben entsprechend den aktuellen Umweltstandards so gering wie möglich gehalten werden.

- o) **Gilt nur für: IB-Mezzaninedarlehen für innovative Gründungen:**
Mir/uns ist bekannt, dass das beantragte Darlehen eine Beihilfe nach Art. 22 der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (VO (EU) Nr. 651/2014) darstellt. Diese Beihilfen sind im Zeitraum von 5 Jahren nach Gründung auf insgesamt 600 TEUR begrenzt. Mein/unser Unternehmen hat bislang folgende derartige Beihilfen erhalten:

keine in Höhe von Euro

- p) **Gilt nur für IB KMU Connect in Ergänzung zur Erklärung unter Punkt 5 b):**
Mit den Arbeiten am im Antrag dargestellten Vorhaben habe(n) ich/wir noch nicht begonnen. Mir ist bekannt, dass als Beginn der Arbeiten entweder der Beginn der Bauarbeiten für die Investition oder die erste rechtsverbindliche Verpflichtung zur Bestellung von Ausrüstung oder eine andere Verpflichtung, die die Investition unumkehrbar macht, wobei der früheste dieser Zeitpunkte maßgebend ist, gilt. Der Kauf von Grundstücken und Vorarbeiten wie die Einholung von Genehmigungen und die Erstellung vorläufiger Durchführbarkeitsstudien gelten nicht als Beginn der Arbeiten.

- q) **Gilt nur für: IB-Darlehen Grüne Innovationen:**
Ich/Wir arbeite(n) im Rahmen des Vorhabens mit Forschungseinrichtungen zusammen.

Ja Nein

- r) Ich/Wir entbinde(n) die Finanzbehörden gegenüber der IB von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abgabenordnung).

- s) Ich/Wir versichere/versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der von mir/uns gemachten Angaben im Antrag sowie in den beigefügten Anlagen/Unterlagen. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die IB unverzüglich zu informieren, wenn Änderungen gegenüber diesen Angaben eintreten.

- t) **Belehrung über die Strafbarkeit des Subventionsbetrugs:** Mir/Uns ist bekannt, dass es sich bei dem beantragten Darlehen um eine Subvention handelt, auf die § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. S. 724) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG, Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1976, Teil I, S. 2037 f.) Anwendung finden. Gemäß § 3 SubvG besteht die Verpflichtung, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne dieser Vorschriften sind die Angaben bzw. Erklärungen zu den Ziffern 1., 2.1, 2.2, 5.b), 5.c), 5.d), 5.e), 5.f), 5.g), 5.h), 5.i), 5.l), 5o), 5.p, 5q), dieses Antrages und die Angaben in den gemäß Unterlagencheckliste Sachsen-Anhalt MUT / IMPULS Ziffern 4. bis 16. beizufügenden Unterlagen sowie die Angaben in der mit diesem Antrag abgegebenen KMU-Erklärung bzw. in der KMU-Erklärung vom

Tag/Monat/Jahr

Aktueller Stand

Subventionserheblich sind ferner solche Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung (§ 4 SubvG).

6. EINWILLIGUNG IN DIE VERARBEITUNG UND VERÖFFENTLICHUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

6.1 Publikation

Gilt nur für IB KMU Connect und IB-Mezzaninedarlehen für innovative Gründungen: Bei der Gewährung einer Einzelbeihilfe über 500.000 EUR erkläre(n) ich mich/wir uns damit einverstanden, dass mein/unser Vorhaben mit Vorhabens relevanten Daten gemäß gemäß Artikel 9 Absatz 1, Buchstabe c der der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (VO (EU) Nr. 651/2014) vom Land Sachsen-Anhalt veröffentlicht werden.

6.2 Werbeeinverständnis

Ich/Wir möchte(n) über individuell für mich/uns passende Produkte der IB und über den Start und die Änderungen von Förderprogrammen informiert werden. Diese Einwilligungen sind freiwillig und können jederzeit, auch einzeln, mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Ihre Einwilligung ist elementar für eine qualifizierte Beratung durch unser Haus, falls Sie dennoch keine Einwilligung zu Analyse- und/oder Werbezwecken erteilen möchten oder Ihre Einwilligung zu einem späteren Zeitpunkt widerrufen, wirkt sich dies nicht auf die von Ihnen beantragte (Kredit-/Zuschuss-/Zuweisungs-) Förderung aus.

- a) Zustimmung zur Analyse von Daten zur Person

Wir versichern Ihnen vorab, dass wir Ihre nachfolgend genannten Daten absolut vertraulich behandeln und nicht an unberechtigte Dritte weitergeben. Dazu sind wir zudem auch rechtlich, z. B. durch das Bankgeheimnis, verpflichtet. Die IB wird (nur sofern notwendig) für eine individuelle Beratung folgende Daten über mich/uns verknüpfen, gemeinsam auswerten und verwenden:

1. Personendaten, wie Name, Geburtsdatum, Familienstand, Beruf
2. Kontaktdaten, wie Adresse, E-Mail und Telefonnummern
3. Daten zu meiner Bonität, meiner finanziellen Situation und zu meinem Kreditrisiko
4. Daten aus Beratungsgesprächen, Vertriebsaktivitäten, Dokumentationen und Erhebungsbögen sowie vergleichbare Daten
5. Statistische Daten, welche mir mithilfe allgemeiner Kriterien zugeordnet werden können, beispielsweise für die Eignung bestimmter Förderprodukte für bestimmte Altersgruppen, Regionen oder Branchen

Zweck der Analyse der Daten zur Person: Die IB berät, betreut und informiert mich/uns möglichst passgenau, z. B. über für mich/uns geeignete neue Förderprodukte der IB.

Ja, ich bin/wir sind mit der Verknüpfung, Auswertung und Verwendung meiner/unserer aufgelisteten Daten zu vorgenannten Zwecken einverstanden.

- b) Einwilligung in Werbemaßnahmen der IB

Ich/Wir erkläre(n) mich/uns damit einverstanden, dass die IB die mit dem Förderantrag erhobenen persönlichen Daten nutzt, um mir/uns interessante Informationen zu weiteren Fördermöglichkeiten zukommen zu lassen:

per Post telefonisch per E-Mail

6.3 Hinweise zur Datennutzung

In der Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ finden Sie eine kompakte Übersicht über den Umgang der IB mit Ihren Daten sowie der Ihnen zustehenden Rechte nach der DS-GVO. Die Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ ist jeder betroffenen natürlichen Person zur Kenntnis zu geben, für die im Rahmen der Antragsbearbeitung und zur Abwicklung der Förderung die Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich ist.

UNTERSCHRIFT(EN) DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)